

# Tätigkeitsbericht 27.10.2020

Kita- und Grundschulbeirat Fürstenwalde





# Themen

1. ÖPNV
2. Elternportal
3. Kita- und Schulessen
4. Schulsozialarbeit
5. Schulzentrum
6. Betreuungsgebühren
7. Schulbezirke
8. Digitalisierung





# 1. ÖPNV

- Initiierung des Runden Tisch Schüler ÖPNV
- Diskussion über Maßnahmen zur Verbesserung der Schülerbeförderung
- Ableitung von 4 konkreten Handlungsfeldern
  - Schulbusbegleiter
  - Meldeplattform für Mängel
  - Schulbus-Sprinter
  - Organisatorische Optimierung von Schulbeginn und Fahrplan
- 3 Runde Tische haben stattgefunden
- Durch Corona derzeit unterbrochen





## 2. Elternportal

- Elternportal funktioniert nicht und hat nie funktioniert
- Immer noch unklare Wartelisten, manuelle Mehrfachverwaltung
  
- Erste Nachfrage zur Optimierung schon 2018
- Vorschlag vom Beirat gemeinsam ein Projekt zu gestalten um Lösung auszuarbeiten ging Mitte 2019 an die Verwaltung
- Zusätzlich fragen wir auf fast jedem Ausschuss wie, wo und wann wir Lösungen finden können.
- Offensichtliche Blockadehaltung der Verwaltung





## 3. Kita- und Schulessen

- Teilnahme an Probeessen in den Einrichtungen
- Re-Evaluation 2020 bisher ausgefallen - muss nachgeholt werden
- Problemlage der Caterer durch Corona?!
- Mensa-Räumlichkeiten in einigen Schulen/Kitas suboptimal





## 4. Schulsozialarbeit



- Antrag am 03.12.2018
  - zur Aufschlüsselung der laufenden Aktivitäten
  - Welche Projekte laufen, welche Akteure sind daran beteiligt
  - welche Projekte wurden/ werden bis wann in welcher Höhe gefördert
  - welche Modellprojekte wurden in einen Regelbetrieb überführt
  - wie erfolgte die Vernetzung
  - wie viele Schulsozialarbeiter sind in den Grundschulen tätig
- Am 12.02.2020 wurden die Sozialarbeiter der Grundschulen im SozA vorgestellt
- Fazit: Arbeit ist wichtig, es müssten noch mehr Schulsozialarbeiter eingesetzt werden
  - Haushalt wurde beschlossen, weiter wie bisher mit der Schulsozialarbeit
  - im JHA könnte diese Thematik von Mitgliedern des JHA angestoßen werden



## 5. Schulzentrum

- Begleitung des Vorhabens seit der ersten Idee in 2017
- Wichtiges Vorhaben, um Schulsituation in Süd signifikant zu entspannen
- Stellungnahme zum Stand der Planung verfasst und verschickt im August 2020





## 6. Betreuungsgebühren



- Kritische Untersuchung der Kalkulation durch den Beirat in 2018 führte zu der noch heute gültigen, korrigierten Gebührensatzung
- Hoffnung, dass Verwaltung nicht jede theoretische Möglichkeit ausschöpft, um fiktive Kosten auf Eltern abzuwälzen (fiktive Miete)
- Überarbeitung dringend nötig: Rechtssicherheit.
- Beteiligung bei Ausarbeitung Kita-Finanzierungsrichtlinie
- Hoffnung, dass 2018 beschlossene Beitragsfreiheit ab dem 2. Kind endlich in 2021 umgesetzt wird





## 7. Schulbezirke



- Weiterhin Einsatz für “überlappende” Schulbezirke und mehr Wahlfreiheit für Grundschüler
- Plädoyer für enge Beobachtung der Bevölkerungsentwicklung inkl. Berichterstattung im SozA sowie frühzeitige Ableitung von entsprechend steuernden Maßnahmen



## 8. Digitalisierung / Corona



- Positionspapier für Corona-Sofortmaßnahmen im Mai verschickt (ohne Reaktion)
- Thema in zwei SozA Sitzungen adressiert (wenig Resonanz)
- Antragstext verfasst, welcher leider nur vom BFZ aufgegriffen und von der SVV im August 2020 abgelehnt wurde
- Positionspapier zu geplanten Digitalisierungsmaßnahmen verfasst



# Handlungsfelder

1. Digitalisierung zügig voran treiben
2. ÖPNV nachhaltig verbessern
3. Elternbeiträge senken / für das 2. Kind abschaffen
4. Sanitäre Infrastruktur in Kitas und Schulen signifikant verbessern
5. Schulsozialarbeit ausbauen
6. Elternportal endlich zum Laufen bringen





# Fazit



- Sowohl Politik als auch Verwaltung müssen sich mehr für die Kinder einsetzen
- Die thematischen Impulse des Beirats werden bislang leider ignoriert
  
- Teilnahme an Beiratssitzungen durch Politik/Verwaltung oft Fehlanzeige
- Anfragen an den Beirat bisher: Null
- Es müssen eigene Impulse durch die Politik gesetzt werden
  
- Das Angebot zur Zusammenarbeit mit der Verwaltung durch den Beirat gilt jederzeit
- Die Verwaltung muss ihre diesbezügliche Blockadehaltung aufgeben